

# **REGIERUNGSERKLÄRUNG ZU DEN DEUTSCH-TSCHECHISCHEN BEZIEHUNGEN, ABGEGEBEN VON BUNDESAUßENMINISTER KLAUS KINKEL VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG IN BONN AM 17. MÄRZ 1995**

Am 8. Mai begehen wir den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat uns Deutschen das Geschenk der Einheit und die Chance der Versöhnung mit unseren Nachbarn gebracht; Europa erhielt die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Neuanfang in Frieden und Freiheit.

Seit dem Fall der Mauer bemüht sich Deutschland wie kaum ein anderes Land, diese Chance für ein vereintes Europa zu nutzen. Wir sind der Anwalt unserer östlichen Nachbarn - auch unserer tschechischen - bei ihrer Rückkehr nach dem Europa, das sie jahrzehntelang ersehnten. Der Europäische Rat von Essen, an dem auch der tschechische Ministerpräsident Klaus teilgenommen hat, war ein Meilenstein auf ihrem Weg in die Europäische Union.

Auch bilateral haben wir unser Verhältnis zu allen östlichen Nachbarn auf eine neue Stufe gestellt. So auch gegenüber der Tschechoslowakei mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992. Mit unserem wichtigen tschechischen Nachbarn ins Reine zu kommen, ist uns, ist insbesondere dem Bundeskanzler und mir ein besonderes Anliegen. Was Deutsche einst Tschechen angetan und was später die Sudetendeutschen von Tschechen zu erleiden hatten, darf uns den Blick in die gemeinsame Zukunft nicht verstellen.

Wir sind auf der Grundlage des Nachbarschaftsvertrages ein gutes Stück vorangekommen.

Natürlich hat sich der Blick der Tschechen nach der Trennung von den Slowaken zunächst stärker nach innen gewandt. Inzwischen ist das anders geworden. Wir begrüßen das sehr.

Die bilateralen Regierungs- und Parlamentskontakte sind von großer Dichte und Intensität. Deutschland ist heute der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Tschechischen Republik. Deutsche Firmen sind dort auch die wichtigsten Investoren. Nach anfänglichen Problemen ist heute von Überfremdungsangst kaum noch die Rede. Die Modernisierung bestehender und die Öffnung neuer Grenzübergänge kann gar nicht schnell genug gehen.

Erstaunlich gut entwickelt hat sich auch der Jugendaustausch. 6000 junge Deutsche und Tschechen haben 1994 an vom Bund finanzierten Austauschprogrammen teilgenommen. Noch einmal so viele Jugendliche nehmen erfahrungsgemäß an Programmen teil, die von Ländern, Kommunen, Kirchen und privaten Trägern gefördert werden.

Mehr als eine halbe Million Tschechen lernen heute Deutsch. Wir entsenden Lehrkräfte und Fachberater in die Tschechische Republik, die sich schwerpunktmäßig der Lehreraus- und -fortbildung widmen.

Auch das 1993 von mir eingeweihte Goethe-Institut in Prag trägt neben seinem Kulturprogramm zur Verbreitung der deutschen Sprache bei. Zwei Drittel seines großen Stammpublikums gehören der jungen und mittleren Generation an, für uns eine große kulturpolitische Chance.

Zugang zur deutschen Sprache und Kultur wird auch in den 13 von der Bundesregierung finanzierten Begegnungszentren geboten. Das sind keine Inseln. Sie dienen dem Austausch zwischen deutscher Minderheit und ihrem tschechischen Umfeld und stehen deutschen Besuchern als Anlaufpunkt zur Verfügung.

Umgekehrt wächst in Deutschland das Interesse an unserem tschechischen Nachbarn ständig - natürlich besonders im Grenzgebiet. In Bayern und Sachsen gibt es nicht nur Tschechisch-Unterricht an weiterführenden Schulen, sondern auch die Möglichkeit zur Ausbildung als Tschechisch-Lehrer. Auch grenzferne Länder, wie Hamburg und Nordrhein-Westfalen, haben umfangreiche Austausch- und Patenschaftsprogramme mit der Tschechischen Republik entwickelt.

Wir hoffen, daß die tschechische Seite auch bald zur Gründung einer bilateralen Regierungskommission für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereit ist.

Die verstreut lebende deutsche Minderheit wird heute von beiden Seiten gefördert. Sie stand lang unter einem starken Anpassungsdruck. Heute ist sie auf dem nicht ganz einfachen Weg der Wiedergewinnung ihrer kulturellen Identität. Die Bundesregierung und auch die Sudetendeutschen Verbände helfen ihr dabei. Dies wird von der tschechischen Regierung anerkannt - und nicht etwa beargwöhnt.

Dieses positive Bild der bilateralen Beziehungen wird noch verstärkt, wenn man die europäische Dimension hinzunimmt:

Die Tschechische Republik ist der Europäischen Union assoziiert und wird noch in diesem Jahr ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union einreichen. Wir werden sie darin unterstützen. Mit Recht sind die Tschechen stolz auf das, was sie in kurzer Zeit geleistet haben. Wir haben ihnen dabei geholfen und freuen uns über ihren Erfolg. Kein Zweifel: Die Tschechische Republik wird zu den ersten Anwärtern der Osterweiterung der EU gehören, auch wenn noch vieles - z. B. bei der Rechtsangleichung - zu tun bleibt. Auf die deutsche Unterstützung, gerade auch auf die des Bundeskanzlers und meine, kann Prag weiterhin bauen.

Das gilt auch für die Frage eines künftigen NATO-Beitritts. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat im November 1994 - im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden - das erste deutsch-tschechische Manöver im Grenzbereich stattgefunden, ohne irgendwelche Probleme. Das ist ein Beispiel guter, normaler Nachbarschaft.

Die Heranführung unserer östlichen Nachbarn an Europäische Union und NATO bleibt die historische Herausforderung für alle Europäer, vor allem aber für uns Deutsche. Wir haben unsere Einheit auch den Menschen zu verdanken, die in Prag und anderswo für die Freiheit auf die Straße gingen. Das werden wir nicht vergessen. Wir bleiben der Zusammenführung der europäischen Familie verpflichtet!

Im UN-Bereich, wo Deutsche und Tschechen zur Zeit gemeinsam im Sicherheitsrat sitzen, arbeiten wir gut und eng zusammen. Wir schätzen das mutige tschechische Engagement im früheren Jugoslawien.

Zum deutsch-tschechischen Verhältnis gehören aber eben auch die Probleme einer jahrhundertalten gemeinsamen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, vor allem aber auch die Schatten der jüngsten unheilvollen Vergangenheit.

Wir Deutsche haben den Tschechen schlimmes Unrecht angetan. Die Sudetendeutschen haben dann am Ende des Zweiten Weltkriegs auch Unrecht durch Vertreibung und Enteignung erlitten. Dies alles hat Wunden geschlagen, die noch nicht voll verheilt sind und auch heute noch schmerzen.

Soll alles vergessen werden? Kann man einen Schlußstrich ziehen? Das Buch einfach zuschlagen? Nein. Geschichte kennt keine Endpunkte, sie bleibt uns, sie ist Teil unseres Lebens. Pauschale Urteile gehen fehl. Kollektive Schuld gibt es nicht.

Unser gemeinsames Ziel muß es sein, den Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen zu durchbrechen! Dazu gehört die Einsicht, daß es weder eine vollkommene Gerechtigkeit gibt, noch irgendjemand die Wahrheit gepachtet hat. Einfache Lösungen, wie dies in den Anträgen anklingt, gibt es nicht.

Wir wollen das Verhältnis zu unserem so wichtigen tschechischen Nachbarn so eng, partnerschaftlich und freundschaftlich gestalten, wie es uns auch gegenüber unseren westlichen Partnern gelungen ist.

Wenn es eine Persönlichkeit gibt, die geradezu zum Symbol einer solch zukunftsgerichteten, versöhnenden Politik zwischen Deutschen und Tschechen geworden ist, dann ist dies Präsident Václav Havel. Beide Völker haben ihm viel zu verdanken.

Gerade weil wir ihm gegenüber besondere Achtung haben, sage ich, daß wir über manches in seiner kürzlichen Rede vor der Prager Karls-Universität enttäuscht sind. Wir sehen in dieser Rede natürlich den ernsthaften Willen zu einer wirklich tiefgreifenden Versöhnung - wir sehen die ausgestreckte Hand! Wir wollen diese Hand ergreifen! Das setzt Bereitschaft auf beiden Seiten voraus.

Ich zitiere aus der gemeinsamen Erklärung der deutschen und tschechischen Bischöfe:

„Wiedergutmachung zwischen den Menschen verschiedener Völker ist vor allem ein geistiger Vorgang. Eine Revision all dessen, was vor 50 Jahren geschah, ist kaum möglich. Nur solche Lösungen werden Bestand haben, die dem Gemeinwohl beider Staaten und Europas verpflichtet sind. Sie müssen die jeder menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen beachten; deshalb dürfen sie nichts Unerfüllbares fordern und müssen die Folgen für alle Betroffenen bedenken.“ Ich weiß, daß die große Mehrheit der Sudetendeutschen dies heute auch so sieht.

In der Tschechischen Republik leben heute noch Opfer schweren nationalsozialistischen Unrechts, das von Deutschen begangen wurde. Wir schulden diesen Menschen Gerechtigkeit und Genugtuung. Dementsprechend wollen und werden wir auch handeln, so wie wir das in anderen vergleichbaren Fällen auch getan haben. Und wir wissen: die Zeit drängt.

Aber es ist eben auch anderen Unrecht geschehen. Wer heilen will, muß die ganze Wunde, nicht nur einen Teil von ihr versorgen. In der Frage des nationalsozialistischen Unrechts bemüht sich die Bundesregierung mit großem Ernst um eine Lösung, die wirklich

zum Frieden, zum Ausgleich und zur Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen führt und nicht zum Gegenteil.

Präsident Havel bietet den vertriebenen Sudetendeutschen an, als Gäste willkommen zu sein. Wir würden uns wünschen, daß die tschechische Regierung noch einen Schritt weitergeht und von den früheren Landsleuten spricht, die - wenn sie es denn wollten - auch wieder Landsleute werden könnten. Wir haben mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, was mein tschechischer Kollege vor wenigen Tagen dazu gesagt hat. Ein solcher Schritt wäre auch Größe und wirklich europäisches Denken.

Wir wünschen uns sehr, daß die tschechische Seite sich bemüht, auf das verletzte Rechtsgefühl vieler Sudetendeutscher einzugehen. Dazu gehört vor allem, daß nicht das Gespräch verweigert wird. Das scheint mir das mindeste zu sein.

Unabhängig von der rechtlichen Würdigung der Benesch-Dekrete: ein klares Wort der Distanzierung von der kollektiven Schuldzuweisung und zu dem fragwürdigen Charakter damaliger Amnestieregelungen wäre eine wichtige Geste.

Ich will offen sagen, daß uns das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts zur Rechtsgültigkeit des Benesch-Dekrets Nr. 108 betroffen macht. Gewiß: Wir haben das Urteil eines unabhängigen Gerichts zu respektieren. Wir appellieren jedoch an die tschechische Regierung, aus diesem Urteil keinen neuen Unfrieden entstehen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Präsident Havel fordert, die Zeit der Monologe durch einen „wahren Dialog“ zu ersetzen. Genau darum geht es auch uns! Wir sollten uns gegenseitig beim Wort nehmen, um die noch offenen Fragen in unserem Verhältnis bald zu lösen - im Interesse unserer Bürger, unserer beiden Völker und im Interesse Europas!

[Quelle: Auswärtiges Amt, Mitteilungen für die Presse Nr. 1016/95, 17. März 1995.]